

IWH-Pressemitteilung 43/2012

Halle (Saale), den 13. Dezember 2012

Konjunkturelle Flaute zum Jahresende 2012 – aber auch Anzeichen für eine mäßige Brise im neuen Jahr

Nach konjunktureller Flaute zum Jahresende 2012 dürfte die Weltwirtschaft im Jahr 2013 wieder frischen Wind in den Segeln verspüren. Ein kräftiger Aufschwung bleibt jedoch aus. Die Konsolidierungsnotwendigkeiten in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wirken weiter belastend. Im Euroraum dürfte die Produktion im Jahr 2013 um 0,2% zurückgehen, bevor sie im Jahr 2014 wieder moderat zulegen. Auch die deutsche Wirtschaft wird im Schlussquartal des Jahres 2012 schrumpfen, dann aber wieder Fahrt aufnehmen. Das Bruttoinlandsprodukt wird in den Jahren 2012 und 2013 um 0,8% bzw. 0,7% zulegen, und im Jahr 2014 um 1,5%. Dabei wird die Arbeitslosenquote geringfügig auf 6,7% steigen. Die Verbraucherpreisinflation wird in den Jahren 2013 und 2014 in etwa bei der geldpolitischen Zielmarke von 2% liegen. Der staatliche Finanzierungssaldo wird im Jahr 2013 wieder negativ. Die Probleme in Griechenland werden ohne einen weiteren Schuldenschnitt nicht zu lösen sein.

Im Jahr 2012 war die konjunkturelle Dynamik fast überall in der Welt gering. Im Euroraum sinkt die Produktion sogar seit Ende des Jahres 2011. Folglich war die Dynamik des Welthandels schwach; er hat im Jahr 2012 wohl nur um etwa 2½% zugenommen. Die Hauptursache für die gegenwärtige Schwäche der Weltwirtschaft liegt in den Konsolidierungszwängen, die im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften entstanden sind.

Zuletzt sind aber die Chancen für eine leichte Belebung der Weltkonjunktur gestiegen. Schon seit dem Spätherbst gibt es Hinweise darauf, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten im Laufe des Jahres 2013 wieder stärker zunehmen könnten. In wichtigen Schwellenländern, allen voran China, deuten Umfragen darauf hin, dass sich das wirtschaftliche Vertrauen der Unternehmen im Herbst wieder gefestigt hat. Die Weltproduktion expandiert nach vorliegender Prognose im Jahr 2012 um 2¼%, im Jahr 2013 um 2½% und im Jahr 2014 mit gut 3%. Die Rezession im Euroraum wird wohl erst im Sommer 2013 überwunden sein, ein kräftiger Aufschwung wird sich aber auch danach nicht einstellen, denn die Finanzpolitik wird im Jahr 2014 weiterhin restriktiv wirken. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum im Jahr 2012 um ½% und im Jahr darauf um ¼% zurückgehen, um im Jahr 2014 sehr moderat (mit gut 1%) zuzulegen.

In Deutschland hat sich die konjunkturelle Dynamik im Verlauf des Jahres 2012 immer weiter verlangsamt. Die Zuversicht von Unternehmen und Haushalten sank stetig bis in den Spätherbst hinein. Die Binnennachfrage schrumpft nun schon seit einem Jahr, obwohl der Beschäftigungsstand hoch ist und die monetären Rahmenbedingungen günstig sind. Der Hauptgrund für das zunehmend vorsichtigeres Ausgabeverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten sind sicher die Sorgen um die Eurokrise und die Rezession in vielen europäischen Nachbarländern. Die Auslandsnachfrage hat im September und Oktober an Schwung verloren, und die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist in dieser Zeit sehr deutlich zurückgegangen. Auch die privaten Käufe und der Wohnungsbau scheinen im Herbst zu schwächeln, wie

Sperrfrist:
13. Dez. 2012,
13:00 Uhr

Pressekontakt:
Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 345 7753720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Oliver Holtermöller
Telefon:
+ 49 345 7753800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundeswirtschaftsministerium
(**BMWi**), Bundesministerium
der Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für Arbeit
und Soziales (**BMAS**),

Bundesministerium des
Innern (**BMI**), Bundes-
ministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
(**BMVBS**),
Bundeskanzleramt,
Wirtschaftsministerien der
Neuen Länder

**Wissenschaftliche
Schlagwörter:**

Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte, öffentliche
Finanzen, Geldpolitik,
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,
Deutschland, Arbeitsmarkt,
Produktion

**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)
Tel.: +49 345 775360
Fax: +49 345 7753820
<http://www.iwh-halle.de>

die zuletzt berichteten Einzelhandelsumsätze und die Bauproduktion signalisieren. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal um 0,2% sinken, sodass sich im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0,8% ergibt (arbeitstäglich bereinigt um 1%).

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2012 bis 2014

	2012	2013	2014
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
private Konsumausgaben	0,5	0,4	1,2
Staatskonsum	1,1	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	-2,4	0,3	3,6
Ausrüstungen	-5,5	-3,0	5,6
Bauten	-0,8	2,0	2,2
sonstige Anlagen	3,0	4,0	5,0
inländische Verwendung	-0,4	0,4	1,8
Exporte	4,3	4,0	5,6
Importe	2,3	3,7	6,6
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,7	1,5
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	-0,2	0,5	0,9
<i>nachrichtlich:</i>			
USA	2,2	1,7	2,7
Euroraum	-0,5	-0,2	1,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,4	-0,3	0,3
Tariflöhne je Stunde	2,6	2,7	2,3
Effektivlöhne je Stunde	3,3	3,1	2,7
Lohnstückkosten ^a	2,6	1,8	1,5
Verbraucherpreisindex	2,0	2,0	1,8
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	41 557	41 580	41 677
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	5 825	5 825	5 828
Arbeitslose ^b	2 900	3 009	3 007
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	679	664	650
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^c	6,5	6,7	6,7
<i>darunter: Ostdeutschland*</i>	10,4	10,2	10,0
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	-0,3	-0,1

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 13.12.2012).

Allerdings zeigen sich am Jahresende Anzeichen dafür, dass sich die deutsche Konjunktur im ersten Halbjahr 2013 wieder etwas beleben dürfte. Die Geschäftsaussichten und die aktuellen Auftragseingänge der Industrie, die produktionsseitig in das nächste Jahr reichen, sind wieder gestiegen, vor allem dank abermals zunehmender Bestellungen aus dem Ausland. Die Produktionsdynamik bleibt im ersten Halbjahr 2013 insgesamt aber noch schwach, da sich die Weltkonjunktur nur allmählich kräftigt und die inländische Nachfrage noch von der Investitionszurückhaltung der Unternehmen belastet wird.

Im späteren Verlauf des Jahres 2013 und bis in das Jahr 2014 hinein dürfte sich, sofern die Eindämmung der Schuldenkrise im Euroraum gelingt, die konjunkturelle Lage deutlicher aufhellen; dann dürften auch wieder Zuwachsraten in Höhe des Potenzialwachstums möglich werden. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland dürfte im Jahr 2013 mit 0,7% nochmals eher mäßig zunehmen, sich aber im Jahr 2014 mit 1,5% erneut beschleunigen. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten sind im Jahr 2013 unterausgelastet; im Verlauf des Jahres 2014 schließt sich die Produktionslücke. Die Beschäftigung wird angesichts der schwachen Produktionsentwicklung im Jahr 2013 in etwa stagnieren und erst im Jahr darauf mit 0,2% leicht steigen.

Die Verbraucherpreisinflation verharrt im Jahr 2013 bei 2% wie im Jahr 2012 und wird im Jahr 2014 mit 1,8% etwas darunter liegen.

Die Prognoseunsicherheit ist recht groß. Für das Jahr 2013 reicht das 66%-Prognoseintervall für die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von -0,2% bis 1,6% und für das Jahr 2014 von -0,1% bis 3,2%. Die wesentlichen Risiken gehen von der Fiskalklippe in den USA und vor allem von der andauernden Krise in den südeuropäischen Mitgliedstaaten des Euroraums aus. Aber auch die Lage im Nahen und Mittleren Osten stellt ein weltwirtschaftliches Gefährdungspotenzial dar.

Im Prognosezeitraum wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte zunächst wieder etwas verschlechtern. Die Staatseinnahmen werden im Jahr 2013 deutlich schwächer zunehmen als in den beiden Jahren zuvor. Die Staatsausgaben werden im Jahr 2013, auch vor dem Hintergrund nachlassender Konsolidierungsbemühungen und einer expansiv ausgerichteten Finanzpolitik, stärker ausgeweitet als in den Vorjahren. So fallen etwa Mehrausgaben im Zuge der Neuausrichtung der Pflegeversicherung oder durch das neu eingeführte Betreuungsgeld an. Die monetären Sozialleistungen werden aber vor allem aufgrund deutlicher Rentenerhöhungen, insbesondere infolge kräftiger Lohnzuwächse in den vergangenen beiden Jahren, wieder stärker zulegen. Bei den Arbeitnehmerentgelten schlagen die kräftigen Gehaltssteigerungen der Beschäftigten von Bund und Kommunen zu Buche; zudem sind durch die im Laufe des Jahres 2013 anstehenden Tarifabschlüsse für die Landesbediensteten weitere Ausgabensteigerungen zu erwarten. Nach einem nahezu ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2012 wird sich der Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2013 wieder leicht verschlechtern. Das Finanzierungsdefizit beläuft sich auf 0,3% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2014 dürfte sich der negative Finanzierungssaldo etwas verringern.

Veröffentlichung:

ARBEITSKREIS KONJUNKTUR DES IWH: Konjunkturelle Flaute zum Jahresende 2012 – aber auch Anzeichen für eine mäßige Brise im neuen Jahr, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 1 (1), 2013.

Zur Wirtschaftspolitik: Haushaltsrisiken berücksichtigen, Lösung der Griechenlandkrise voranbringen

Der grundsätzlich positiv zu bewertende Ausgleich des gesamtstaatlichen Haushalts in Deutschland im Jahr 2012 unterlag Sonderfaktoren. Hier sind zum einem die Verringerung des Schuldendienstes durch die historisch niedrige Verzinsung deutscher Staatsschuldentitel zu nennen und zum anderen die Zuwächse beim Steueraufkommen durch die inflationsbedingte Verschärfung der Einkommensteuerlast (kalte Progression). Unter Berücksichtigung des Prinzips der Vorsicht muss darauf hingewiesen werden, dass sowohl die günstige Verzinsung als auch die kalte Progression keinen langfristigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten können. Grundsätzlich betrachtet könnte eine konsequente Beseitigung der kalten Progression durch eine Indexierung der Tarifparameter sogar die Effektivität der Schuldenbremse steigern. Ein indexierter Steuertarif erhöht nämlich die Berechenbarkeit und Transparenz staatlicher Konsolidierungspolitik.

Die Wirtschaftspolitik ringt gegenwärtig um eine Lösung für die Probleme Griechenlands. Die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in Griechenland kann nur dadurch wiederhergestellt werden, dass die Staatsverschuldung spürbar sinkt. Dies gelingt nicht, indem neue Kredite vergeben werden. Vielmehr müssen die privaten und öffentlichen Gläubiger Griechenlands auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, so dass der Gesamtschuldenstand auf ein Maß sinkt, das eine dauerhaft nachhaltige Staatsfinanzierung ermöglicht. Den enormen Reputationsverlust Griechenlands durch den dann zweiten Schuldenschnitt in Folge sollten die Euroländer mithilfe an Bedingungen geknüpfter Garantien bei der Emission von neuen griechischen Staatsschuldpapieren abgemildern. Die bedingte Gewährung von Garantien ermöglicht den europäischen Partnerländern, auch weiterhin Einfluss auf die Reformen in Griechenland zu nehmen.

Zudem sollte die europäische Wirtschaftspolitik jetzt auch Maßnahmen zur Institutionalisierung eines Verfahrens zum Umgang mit Staatsinsolvenzen in der Währungsunion angehen. Mit dessen Hilfe könnte nicht nur der Umgang mit Staatsinsolvenzen deutlich verbessert und vereinfacht werden. Es würde zudem ein Instrument geschaffen, das eine Risikobeurteilung bezüglich der Solvenz von Staaten erleichtert. Dadurch reduziert sich die Unsicherheit, und eine effektive Marktsanktionierung wäre möglich.

Veröffentlichung:

OLIVER HOLTEMÖLLER, MARTIN ALTEMEYER-BARTSCHER, TOBIAS KNEDLIK, AXEL LINDNER, GÖTZ ZEDDIES: Zur Wirtschaftspolitik: Haushaltsrisiken berücksichtigen, Lösung der Griechenlandkrise voranbringen, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 1 (1), 2013.

Mittelfristige Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und der Staatsfinanzen in Deutschland

Die konjunkturelle Schwächephase im Winterhalbjahr 2012/2013 hat auch ein niedrigeres mittelfristiges Wirtschaftswachstum in Deutschland zur Folge als noch im Herbst unterstellt. Unter Berücksichtigung der Prognose für die Jahre 2013 und 2014 des IWH vom Dezember 2012 ist zwischen 2011 und 2017 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1¼% pro Jahr zu rechnen. Hierbei wird angenommen, dass die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft nach der vorübergehenden konjunkturellen Schwächephase überdurchschnittlich ausgelastet sein werden, unter anderem weil die einheitliche europäische Geldpolitik in Deutschland noch längere Zeit expansiv wirken dürfte. Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich mittelfristig nur noch geringfügig verbessern. Zwar wird der gesamtstaatliche Haushalt nominal keine Defizite aufweisen. Ohne weitere Konsolidierungsbemühungen dürfte der Abbau des strukturellen Defizits jedoch nicht vollständig gelingen.

Veröffentlichung:

OLIVER HOLTEMÖLLER, KATJA DRECHSEL, BRIGITTE LOOSE, GÖTZ ZEDDIES: Mittelfristige Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und der Staatsfinanzen in Deutschland, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 1 (1), 2013.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: + 49 345 7753 800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören zurzeit 86 Forschungsinstitute und wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Forschung sowie drei assoziierte Mitglieder. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute arbeiten strategisch und themenorientiert an Fragestellungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Bund und Länder fördern die Institute der Leibniz-Gemeinschaft daher gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.